

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Staatsminister Bernd Sibler

Abg. Verena Osgyan

Abg. Dr. Stephan Oetzing

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Ulrich Singer

Abg. Dr. Hubert Faltermeier

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Matthias Fischbach

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2 d** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Errichtung der Technischen Universität Nürnberg

(TU Nürnberg-Gesetz - TNG) (Drs. 18/11156)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der im Ältestenrat getroffenen Vereinbarung 54 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile nun Herrn Staatsminister Bernd Sibler das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich wirklich sehr, Ihnen heute diesen Gesetzentwurf zur Errichtung der neuen Technischen Universität Nürnberg vorstellen zu dürfen; denn mit diesem Gesetzentwurf schaffen wir die Voraussetzungen für die erste Gründung einer staatlichen Universität in Deutschland seit fast 30 Jahren, also etwas, das wissenschaftspolitisch in der gesamten Bundesrepublik beachtet wird. Es ist ein weiterer Innovationsimpuls nach der Hightech Agenda Plus und gerade in den schwierigen Zeiten von Corona, die unsere Debatte hier im Landtag auch immer prägen, ein wichtiges und kraftvolles Signal für Aufbruch und Zuversicht, nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern die Zeichen der Zeit zu erkennen und gemeinsam zu gestalten.

Wir gehen mit dieser Technischen Universität einen völlig neuen Weg; denn im Vordergrund stehen die großen gesellschaftlichen Zukunftsfragen mit nationalen und globalen Herausforderungen: Wie sieht die Energie bzw. die Energieversorgung der Zukunft aus? Welche Folgen hat die zunehmende Urbanisierung? Was sind Mobilitätskonzepte der Zukunft, und wie kann ethisches Handeln beim Fortschritt der Wissenschaft sichergestellt werden? – Diese Fragen beschäftigen uns praktisch in allen Fachaus-

schüssen des Hauses. Hier werden wir einen weiteren wichtigen, sehr bayerisch-fränkischen Input setzen.

Auf diese und andere Fragen gilt es, im Zusammenschluss der Technikwissenschaften sowie der Geistes- und Sozialwissenschaften Antworten zu finden, also einen Ausgleich zwischen diesen oftmals als gegensätzlich verstandenen Bereichen. Das ist nicht so, und gerade hier werden wir diesen Maßstab deutlich anlegen.

Ein wesentlicher Eckpfeiler des innovativen Konzeptes ist die Interdisziplinarität. Traditionelle Fächergrenzen wird es an der TU Nürnberg so nicht geben. Alle Konzepte, alle Bereiche müssen von Anfang an interdisziplinär angelegt sein, und es gibt einen obligatorischen Lehranteil der Geistes- und Sozialwissenschaften auch in Studiengängen mit überwiegend ingenieur- oder technikwissenschaftlichem Profil. Der Ausgleich von Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften ist also zu schaffen. Hochschulpolitikerinnen und Hochschulpolitiker, Menschen, die mit Universitäten zu tun haben, wissen, dass hierbei immer wieder einmal ein Gegensatz diskutiert, dargestellt, gefühlt wird oder erlebt wird. Diesen wollen wir an dieser Stelle auflösen, da es darum geht, dass sich auch Studentinnen und Studenten frühzeitig mit ethischen Fragen der Forschung auseinandersetzen und starke Lösungen und Systemorientierung bekommen. Gebildet werden also Expertinnen und Experten für den Arbeitsmarkt der Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Auch die organisatorische Struktur ist auf Interdisziplinarität angelegt. Klassische Fakultäten wird es nicht mehr geben. Wir werden Departmentstrukturen mit zentralen Organisationseinheiten bekommen, die eng mit den thematischen Feldern vernetzt sind. So werden die wichtigen Zukunftsfragen entsprechend disziplinübergreifend von Anfang an bearbeitet. Die innere Vernetzung ist uns genauso wichtig, und auch die externe Vernetzung mit den Partnerinnen und Partnern der Region Nürnberg und weit darüber hinaus ist zentral. Natürlich werden die Universitäten und Hochschulen der Umgebung die ersten Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sein. Auch darauf legen wir großen Wert.

Weitere wesentliche Eckpfeiler sind die durchgehende Digitalisierung in Lehre, Forschung und Verwaltung. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedeutet natürlich nicht, dass wir die Präsenzuniversität aufgeben würden. Nein, wir kämpfen darum und werden sicherstellen, dass dann die Lernphasen digital stattfinden. Der Austausch mit den Professorinnen und Professoren wird dort, wo sich das erworbene Wissen vertieft, vernetzt. Im Gespräch werden wir Wissen, das vielleicht bzw. hoffentlich Bildung werden wird, auf den Weg bringen. Das ist eine sehr wichtige Säule, die wir haben.

Das Leitbild der TU Nürnberg ist ein internationaler Leistungsanspruch, deshalb werden wir auch überwiegend englischsprachige Studiengänge mit auf den Weg bringen, um hier einen internationalen Aspekt zu setzen und auf die globalisierte Arbeitswelt eingehen zu können. Nichts, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist internationaler aufgestellt als nationale und internationale Forschung und Universitäten in diesen Bereichen. Natürlich werden wir, wie wir es in vielen Bereichen der Universitäts- und Hochschulpolitik in den letzten Jahren getan haben, von Anfang an auch den Schulterschluss mit der regionalen Wirtschaft suchen, um auch den Transfer sicherstellen und einen Mehrwert für die Region schaffen zu können.

Insgesamt ist dies auch ein richtiger und wichtiger Akzent für Nürnberg, die zweitgrößte Stadt in Bayern und die einzige Stadt mit über 500.000 Einwohnern, die noch keine eigene Universität hat. Dies wird auch sehr starke strukturelle Effekte, gerade in der Region, haben und die Stadt ein gutes Stück weiter zum Positiven verändern. Nicht ohne guten Grund freuen sich Oberbürgermeister König und viele andere, die Verantwortung tragen, dass nun dieser Impuls kommen wird und wir hier einen wichtigen Akzent für die städtische Entwicklung, aber auch für die ganze Entwicklung in Nordbayern und in Franken setzen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die Weichen so gestellt, dass das innovative Gründungskonzept nun tatsächlich umgesetzt werden kann. Leitprinzip heißt, dass wir Eigenverantwortung und Flexibilität stärken wollen. Gerade in den ersten

Jahren wird es für einen effizienten und zielgerichteten Aufbau der Universität wichtig sein, auf klaren, im Gesetz fixierten Government-Strukturen aufbauen zu können. Dies schafft der Universität den Freiraum, sich auf die komplexe Aufbauarbeit konzentrieren zu können. Dabei ist natürlich sehr, sehr viel zu tun, allein bei den Ausschreibungen und den baulichen Entwicklungen. Und weil ich die Diskussionen kenne, sage ich auch: Je früher wir damit beginnen können, umso besser wird es sein.

Es ist auch möglich, von vorgegebenen Organisationsstrukturen frühzeitig abzuweichen – bereits nach drei Jahren, also noch innerhalb der Aufbauphase. Das ist der Geist der Hochschulreform, die wir auf den Weg bringen werden und die wir vor Kurzem im Kabinett verabschiedet haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil wir beim Aufbau eines so neuen großen Bereiches sehr viele Unwägbarkeiten sehen werden, haben wir diesen Gesetzentwurf bewusst sehr schlank gehalten. Wir beschränken uns auf wesentliche Kernelemente.

Korrespondierend enthält der Entwurf auch eine weitgehende Ermächtigung für eine Rechtsverordnung, natürlich zeitlich begrenzt für die Dauer der Aufbauphase. So kann entsprechend dem Fortschritt des Aufbauprozesses sinnvoll nachgesteuert werden. Das ist eine sehr positive Entwicklung. In der Umsetzung des Gründungskonzeptes weichen wir bei der Technischen Universität Nürnberg in vielerlei Hinsicht vom klassischen Universitätsmodell ab. Sie hat die Chance, Modellcharakter für die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft zu entwickeln.

Deshalb bitte ich das Hohe Haus um seine Unterstützung, auch um eine schnelle Unterstützung, weil wir hier wissenschaftspolitisch in Bayern einmal mehr bei der Avantgarde sind und Entwicklungen auf den Weg bringen, die national und international beachtet werden. – Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung und die Diskussion, die jetzt dann im Ausschuss kommen wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Verena Osgyan für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Staatsminister, Kolleginnen und Kollegen! Auch wir GRÜNE sind heute voller Freude darüber, dass die TU Nürnberg endlich kommt und dass es nun wirklich eine TU Nürnberg geben wird. Es gab immer wieder Stimmen, die sich gefragt haben, ob die TU angesichts der Ausgaben aufgrund von Corona noch realisiert werden kann. Wenn das Gründungsgesetz verabschiedet ist, wird sie kommen, und das freut uns an der Stelle sehr.

Ich habe die Geschichte dieser TU von Anfang an verfolgt. Es war ja eine Geschichte der Irrungen und Wirrungen, mit geplatzten Grundstückskäufen, Konzepten, die mit großem Aplomb vorgestellt und dann wieder geändert wurden. Jetzt ist es so weit. In der Metropolregion Nürnberg, meiner Heimat, ist durchaus auch kontrovers diskutiert worden, ob es die Neugründung überhaupt braucht und wie sie in das Gefüge der bestehenden Hochschulen passt. Diese Fragen sind jetzt zumindest in der Theorie geklärt. Es ist so weit, um loszulegen. Der Wissenschaftsrat hat das Konzept genehmigt. Ich darf hier auch nicht verschweigen, dass der Wissenschaftsrat uns Aufgaben mitgegeben hat, bei denen es darauf ankommt, dass wir wirklich nachverfolgen, dass sie eingelöst werden. Wenn dieses Konzept also verwirklicht werden kann, dann ist das nicht nur ein Gewinn für die Metropolregion Nürnberg, sondern auch für die gesamte Wissenschaftslandschaft in Bayern.

Was es an der Stelle auf jeden Fall braucht, ist Planungssicherheit, vor allem auch im Finanziellen, bei der Ausfinanzierung. Im Gesetzentwurf stehen 1,2 Milliarden Euro. Hinter die Frage, ob das wirklich ausreichen wird, möchte ich noch ein paar Fragezeichen setzen. Wahrscheinlich ist das eher die untere Grenze für ein solches großgelagertes Projekt. Es wurde ja mit Recht gesagt, dass es die erste Universitätsneugründung staatlicherseits seit 30 Jahren ist.

Ich finde es aber wichtig, an der Stelle noch mal mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass es jetzt auch darum gehen muss, die anderen Hochschulen in der Metropolregion Nürnberg, aber auch in ganz Bayern entsprechend auszufinanzieren und sie nicht zu vergessen. Die Neugründung einer Universität kann kein Nullsummenspiel sein. Auch da müssen wir uns einfach ehrlich machen. Deswegen werden wir in den Haushaltsverhandlungen sehr genau hinschauen, wie der Etat aussehen wird, wie die anderen Hochschulen bedacht werden und wie die Gelder verteilt werden.

Ich muss hier daran erinnern, dass allein die Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen einen Sanierungsbedarf von 1,5 Milliarden Euro hat. Einiges hat sich schon getan. Einiges ist mittlerweile auf dem Weg. Aber die 1,5 Milliarden Euro, die auf dem Schlossgartenfest 2018 versprochen wurden, sind halt nur zu einem Bruchteil verplant und erst recht nicht verausgabt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch das werden wir einfordern, und wenn es dann so kommt, ist es ein Mehrwert für alle.

Angesichts der schon etwas längeren Historie und der verschiedensten Akteure, die überwiegend sehr konstruktiv am Konzept TUN gearbeitet haben, ärgert mich aber wirklich, dass das Gründungsgesetz jetzt im beschleunigten Verfahren beschlossen wird. In Corona-Zeiten ist es üblich geworden, dass auch Dinge, die nichts mit Corona zu tun haben, plötzlich im beschleunigten Verfahren durch das Parlament gehen. Nachdem wir seit sieben Jahren an dieser Universität bzw. an deren Vorgängerprojekten basteln, finde ich, dass wir diesem großen Projekt einfach nicht gerecht werden, wenn es noch vor Weihnachten in die Zweite Lesung geht.

Warum es doppelt wichtig wäre, darüber auch inhaltlich zu diskutieren, darauf möchte ich jetzt noch eingehen. Wir haben als Opposition im Ältestenrat gesagt, dass wir das normale Verfahren nach der Geschäftsordnung möchten, und wurden überstimmt. Ich finde, das ist einfach schlechter Stil. Das macht man nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ganze Gesetz wirkt extrem so, als sei es wie auch die Planungen zum neuen Hochschulgesetz mit heißer Nadel gestrickt worden. Das macht mir an der Stelle wirklich Angst; denn Letzteres ist noch eine Nummer komplizierter. Aber allein dieses Gesetz zur TU, das angeblich bewusst schlank gehalten wird, ist schon kompliziert. Der Teufel steckt im Detail.

Bei der Governance sollen neue Wege gegangen werden. Die Lehrstuhlstruktur, wie wir sie bisher kennen, wird es nicht mehr geben. Es sollen Departments eingeführt werden, die von einem Chair geleitet werden. Das lehnt sich nicht nur sprachlich an das anglo-amerikanische System an; es ist auch eine Struktur, die von diesem übernommen wurde. Gut, es gibt hier auch schon andere Universitäten mit Departments. Das ist aber häufig im Prinzip dem recht ähnlich, was es bisher gab, und keine grundlegende Strukturänderung.

Wenn jetzt bei anderen Voraussetzungen so ein anglo-amerikanisches System übertragen werden soll, steckt der Teufel wirklich im Detail. Ich finde Departments als solche gar nicht schlecht. Das kann eine Maßnahme zur Etablierung von flacheren Hierarchien, für mehr Demokratie an den Hochschulen sein. Das freut mich sehr. Das Organisationsmodell hat ja unter anderem auch die AG Wissenschaftspolitik der Jungen Akademie mal ins Spiel gebracht. Dass das jetzt aufgegriffen wird, finde ich grundsätzlich gut. Flache Hierarchien würden, wie gesagt, unseren Hochschulen gut tun.

Aber die geplante Gründungskommission deutet auf etwas ganz anderes hin: Die Konzeption wirft an der Stelle ganz grundsätzliche auch verfassungsrechtliche Fragen auf. Ich hätte mir wirklich gewünscht, dass wir das in Ruhe im Landtag debattieren können.

Im Verordnungsentwurf, der dem Gesetz beiliegt, schreiben Sie:

Die Departments haben eine herausgehobene Verantwortung in verschiedenen Bereichen der Universität, Betrieb von Hochschuleinrichtungen, Mittelverwaltung, Personaleinstellung und Lehre.

Da frage ich mich natürlich: Sind das dann eigentlich Stellen, die für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausgelegt sind? Oder geht das nicht eigentlich in den Bereich Wissenschaftsmanagement, für den es im Moment, zumindest in Bayern und eigentlich auch in Deutschland, noch keine geregelten Karrierewege gibt?

Wenn dann die Department-Chairs überwiegend in Wissenschaftsmanagement und Führung tätig sind, ist der Vorschlag zur Zusammensetzung der Gründungskommission mindestens problematisch. Es gibt auch beim jetzigen System der nebenamtlichen Dekane, die man vielleicht damit vergleichen kann, deutliche Hinweise, dass sie der Leitungsebene und nicht den Hochschullehrerinnen und -lehrern zugeordnet werden.

So war es zum Beispiel im einschlägigen Urteil, dem Baden-Württemberg-Urteil von 2016. Geht man jetzt nach dem Entwurf für dieses Gesetz, dann wären in der Gründungskommission, wenn wir das Baden-Württemberg-Urteil heranziehen, eigentlich nur noch zwei Trägerinnen und Träger der Wissenschaftsfreiheit, nämlich eine wissenschaftliche Mitarbeiterin oder ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und eine Vertreterin oder ein Vertreter der Studierenden. Das kann eigentlich nicht sein.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir das Gesetz wirklich gründlich prüfen können, anstatt so einen Schnellschuss hinzulegen. Uns als Opposition trifft es nicht, wenn es dann eine Klage gibt und das Gesetz als nicht verfassungsgemäß zurückgewiesen wird. Aber wir müssen darauf hinweisen, und wir möchten auch, dass es gründlich geprüft wird und die Gründung wirklich gut wird, wenn schon solche Anstrengungen unternommen werden.

Ich hoffe daher nicht, dass dieser Teil der Governancessstruktur eine Vorbildfunktion für die Hochschulgovernance in Bayern insgesamt haben wird. Leider deutet die Hightech

Agenda und auch das, was wir von den Eckpunkten des neuen Hochschulgesetzes schon wissen, genau darauf hin.

Andere Bundesländer haben es längst vorgemacht. Die Überlegungen zur "unternehmerischen Hochschule", wie es so schön hieß, sind seit Langem begraben. Nur Bayern will das tote Pferd offensichtlich weiterreiten. Ich muss sagen: Man kann aus den Fehlern anderer doch auch einmal lernen. Wenn schon grundlegend neue Wege beschritten werden sollen, sollte man es in Ruhe und überlegt tun.

Ein Blick in das anglo-amerikanische System in den USA wirft natürlich auch die Frage der Finanzierung der Departments auf. Es heißt, die Betreuungsrelation soll an der TU Nürnberg 1 : 25 werden. Das finde ich auch super. Das kostet natürlich entsprechend. Wenn ich sehe, dass die Betreuungsrelation an den anderen Universitäten ungefähr dreimal so hoch ist, dann wirft das für mich die Frage auf, ob diese auch irgendwann die entsprechende Finanzierung bekommen und mitziehen können. Das würde ich mir für ein gerechtes Hochschulsystem in Bayern wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Werfen wir noch einmal einen Blick in die USA: Wie werden dort Departments ausgestattet? – In der Regel sind dort nur die professoralen Stellen wirklich ausfinanziert, während Postdoc- und Doktorandinnen- und Doktorandenstellen über Drittmittel eingeworben werden müssen. Das zeigt eben auch: Das dortige System ist doch ein anderes. Man kann nicht alles eins zu eins übertragen. Dies würde der Wissenschaftsfreiheit in Bayern einen irreparablen Schaden zufügen.

Wenn ich mir einen Exkurs auf die wissenschaftspolitische Gesamtwetterlage erlaube, muss ich sagen: Auch die angekündigte Hochschulrechtsnovelle wird nicht nur Fragen aufwerfen, sondern löst bereits jetzt bei vielen Hochschulangehörigen erheblichen Protest aus, die genau solche Befürchtungen haben.

Unser gemeinsames Ziel muss stattdessen sein, die Technische Universität Nürnberg zu einer wirklich innovativen Universität zu machen. Dazu gehören nun einmal Mitbestimmung, Gleichstellung, gesellschaftliche Verantwortung, Nachhaltigkeit und Demokratie, um so ein Klima für Innovation und Entwicklung zu schaffen. Da ziehen wir auch gerne mit und wünschen der neuen Technischen Universität Nürnberg viel Glück. Zu der Gründungskommission werden wir noch einen Änderungsantrag stellen. Ich hoffe sehr, dass Sie ihn auch wohlwollend prüfen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Dr. Stephan Oetzing. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Stephan Oetzing (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Staatsminister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Frau Osgyan, ich nehme positiv auf, dass Sie den Prozess für die Technische Universität Nürnberg positiv begleiten wollen. Es freut mich natürlich auch, dass Sie als GRÜNE diesen Prozess, den Beginn der Genese der neuen Universität positiv begleiten wollen. Ich glaube aber schon, dass man an dieser Stelle schon jetzt sagen kann, meine Damen und Herren: "Mit heißer Nadel gestrickt" heißt nicht zwangsläufig, dass schlecht sein muss, was dort entsteht. Ich glaube, mit Fug und Recht behaupten zu können, meine Damen und Herren: Der heutige Tag mit der Ersten Lesung ist nicht nur für die Stadt Nürnberg und für die Metropolregion, sondern auch für den gesamten Wissenschaftsstandort Bayern ein guter Tag, ein herausragender Tag, der in die Geschichte eingehen wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mit der heutigen Ersten Lesung – die Kollegin hat dies angesprochen – beginnen wir einen neuen Prozess für eine neue Landesuniversität. Erstmals seit dreißig Jahren begibt sich Bayern auf den Weg, eine neue Landesuniversität zu konstituieren und die

zehnte Landesuniversität, die zweite Technische Universität in Bayern, auf den Weg zu bringen.

Meine Damen und Herren, diese Technische Universität in Nürnberg ist dabei nicht isoliert zu sehen. Sie ist in eine Vielzahl von wissenschaftspolitischen Maßnahmen eingebettet, die der Freistaat in den vergangenen zwei Jahren auf den Weg gebracht hat. Zu nennen ist die Hightech Agenda mit einem Investitionsvolumen von über zwei Milliarden Euro. Zu sehen ist die Hochschulgesetznovelle mit dem Hochschulinnovationsgesetz, das auch Maßstäbe für die Wissenschaftspolitik in Deutschland und darüber hinaus setzen wird. Meine Damen und Herren, die Technische Universität ist meines Erachtens ein Beispiel dafür, dass Wissenschafts- und Forschungspolitik in Bayern kein Randthema, sondern ein ganz zentraler Bestandteil der bayerischen Zukunftspolitik ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir fördern mit unserer Politik in diesem Bereich Innovation und Forschung in ganz Bayern, egal ob KI, Luft- und Raumfahrttechnik oder Greentech. Unser Ziel ist dabei, hervorragende Bedingungen für die besten Köpfe im Freistaat zu schaffen und auch internationale Köpfe nach Bayern zu bringen. Wie erwähnt, stellt dabei die Technische Universität nur einen Mosaikstein von vielen dar, die Teil dieser großen Innovations- und Forschungspolitik des Freistaats sind. Staatsminister Bernd Sibler, lieber Bernd, du hast bereits ausgeführt: Diese Universität wird in ein Netzwerk von Kooperationen vor Ort eingebettet sein. Sie wird beispielgebend für Bayern und darüber hinaus auch für die Wissenschaftslandschaft in der Bundesrepublik Deutschland sein.

Ich möchte an dieser Stelle zum einen ein herzliches Dankeschön an dein Haus und an dich, lieber Bernd, für dieses in Rekordzeit vorgelegte Gesetz aussprechen, mit dem wir jetzt ins Rennen, an den Start gehen; die neue Technische Universität soll ja bereits zum 1. Januar nächsten Jahres starten. Ich möchte aber auch der Strukturkommission unter dem Vorsitz von Prof. Herrmann ein herzliches Dankeschön sagen.

Ich glaube, gerade hier hat sich gezeigt, dass es lohnenswert war, die Erfahrungen, das Know-how und die Kenntnisse sowohl nationaler als auch internationaler Experten aus unterschiedlichen Disziplinen mit einfließen zu lassen. Ich glaube, auch dafür gebührt Ihnen der herzliche Dank des Freistaats.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das Stichwort Interdisziplinarität wurde bereits vom Staatsminister angesprochen. Den neuen Ansatz, verschiedene Fächergruppen nicht in einem Nebeneinander, sondern in einem Miteinander zusammenzuführen, wollen wir an dieser neuen Universität verorten. Ich meine die Departmentstruktur, die die klassischen Fakultäten ablösen wird, aber zugleich auch die Tatsache, dass dort die Forschung problemorientiert und fächerübergreifend stattfinden wird – nicht ein Nebeneinander von Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften, sondern ein Miteinander dieser beiden Fächergruppen, die gemeinsam Probleme angehen wollen. Das ist ein ganz wesentlicher Baustein und eine der Grundvoraussetzungen erfolgreicher Forschung und Lehre im 21. Jahrhundert.

Auch bei der Lehre wollen wir ganz neue Wege gehen. Mit der Graduate School soll eine zentrale Stelle entstehen, bei der sowohl die Studiengangverantwortlichkeit als auch die Organisation der Lehre an sich an der neuen Universität in Nürnberg verortet sein werden. Auch die Lehrmethoden – das wurde angesprochen und erwähnt – sollen zum einen modern sein – Stichwort Digitalisierung –, zum anderen aber auch auf selbstständigen Erwerb von Basiswissen abzielen und ganz klar eine Basis dafür bilden, in Präsenzveranstaltungen dieses Wissen zu vertiefen.

Ich komme zum Stichwort Governance. Liebe Frau Osgyan, ich glaube, uns eint die Absicht, das Ganze verfassungsmäßig hinzubekommen. Dies bedeutet natürlich auch, dass die Belange der Träger der Wissenschaftsfreiheit eine wesentliche Rolle spielen und auch ein Mitspracherecht bekommen sollen. Genau das, meine Damen und Herren, tun wir; denn eine schlanke Struktur bedeutet nicht, dass eine verfassungsmäßige

Mitwirkung der Träger der Wissenschaftsfreiheit ausgeschlossen würde. Das Gegenteil ist hier der Fall.

Die neue Struktur entsprechend dem heute vorgelegten Gesetzentwurf für die TUN sieht im Wesentlichen zwei zentrale Gremien vor: zum einen ein Gründungspräsidium, das bewusst als starkes Exekutivorgan so verortet und ausgestaltet wird, wie es auch, nebenbei bemerkt, vom Wissenschaftsrat empfohlen wird, zum anderen eine Gründungskommission, die Funktionen von Senat und Hochschulrat miteinander vereinen soll. Dort sind auch die entsprechenden Mittel und die Einflusswege der Träger der Wissenschaftsfreiheit verortet. Auch die externe Expertise wird über dieses Gremium mit einfließen. Schon vor Ende der Gründungsphase kann sich im Zuge der Hochschulautonomie, die wir sehr, sehr frei gestalten wollen, die neue Technische Universität eine eigene Organisationssatzung geben, die von diesem Modell abweichen kann. Auch das ist, glaube ich, ein deutliches Signal, dass wir die Freiheitsrechte, die im Grundgesetz niedergelegt sind, gewährleisten wollen.

Meine Damen und Herren, die Technische Universität gibt ein Beispiel und wird in vielen Punkten Vorbild sein. Sie wird aber zugleich auch Reallabor sein, in dem man austesten kann, in dem man Neues versuchen kann. Aus diesem Reallabor wird man mit Sicherheit auch Schlüsse ziehen, von denen alle bayerischen Universitäten und Hochschulen in den nächsten Jahren profitieren werden.

Das Hochschulinnovationsgesetz wurde bereits angesprochen. Ich glaube, es ist bereits bei der Anhörung vor wenigen Wochen hier im Landtag deutlich geworden, dass die Gedanken, die sich sowohl der Wissenschaftsrat als auch die Strukturkommission gemacht haben, mit einfließen werden und dass die Ansätze, die auf den Weg gebracht wurden, sowohl die neue Technische Universität als auch das neue Hochschulinnovationsgesetz befruchten werden.

Ein ganz wesentlicher Baustein, den wir der neuen Universität in Nürnberg ins Stammbuch schreiben wollen, ist die Kooperation. Bei der Kooperation geht es zum einen um

die Vernetzung mit der Wissenschaft in der Region, allen voran natürlich mit der FAU, aber auch mit der Hochschule in Nürnberg, zum anderen aber auch um die Vernetzung mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der Metropolregion. Ich denke beispielsweise an die Fraunhofer-Gesellschaft und an die Max-Planck-Gesellschaft, die in der Metropolregion verortet sind. Aber auch angrenzende Regionen bzw. Hochschulen in der Metropolregion werden von der neuen Universität und dieser Vernetzung profitieren.

Meine Damen und Herren, ein Ziel der bayerischen Wissenschaftspolitik in den vergangenen Jahren war ganz zentral und wesentlich, nämlich die Verortung von exzellenten Universitäten und Hochschulen sowie von Forschungsclustern in Nordbayern. Dafür legen wir heute bewusst einen Schwerpunkt in Nordbayern – eben in Nürnberg –, mit dem wir die Vernetzung in dieser angesprochenen Kooperation hinbekommen wollen.

Darüber hinaus wollen wir mit der Technischen Universität den Link in die lokale Wirtschaft, zu den lokalen Unternehmern hin schaffen; denn wir wollen mit dieser neuen Uni bewusst Firmengründungen aus der Hochschule, aus der Universität heraus begleiten. Das soll unter anderem durch Gründerzentren, Werkstätten und offene Technologielabore geschehen, die direkt am Campus untergebracht werden sollen.

Die zweite Technische Universität Bayerns wird den Wissens- und Technologietransfer fördern und somit dem gesamten Gebiet einen deutlichen Innovationsschub verschaffen.

Außerdem wird sie einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass wir den entsprechenden Fachkräftebedarf im Bereich der MINT-Fächer bei der akademischen Ausbildung in Bayern decken können.

Das Stichwort "Internationalisierung" ist bereits in den Ausführungen des Ministers gefallen. Es geht darum, eine internationale Sichtbarkeit des Freistaats deutlich zu machen. Deshalb ist es wichtig, dass eine große Anzahl an Studiengängen, gerade im

Bereich der Masterstudiengänge, in englischer Sprache stattfindet. Damit wird es auch möglich sein, das Ziel, 40 % der Studentinnen und Studenten aus dem Ausland zu akquirieren, zu erreichen.

Baulich setzt die Technische Universität im Süden Nürnbergs, wo sie zentriert werden soll, als Campusuniversität Maßstäbe. Dort soll sie übrigens auch planerisch und städtebaulich beispielgebend sein. Wenn man einen kleinen Ausblick in das Jahr 2030 wagen will, dann wird im Süden Nürnbergs ein urbaner und zugleich mit den umliegenden Stadtteilen eng vernetzter lebendiger Campus entstanden sein. Junge Menschen aus aller Welt werden im Süden Nürnbergs studieren und leben. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Forschungseinrichtungen wird sich gut eingespielt haben, und die neue Technische Universität wird gemeinsam im Cluster mit den anderen Hochschulen und mit anderen Partnern zahlreiche Drittmittelwettbewerbe und auch Exzellenzwettbewerbe errungen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der Gründung der neuen Technischen Universität in Nürnberg schreiben wir heute bayerische Landesgeschichte und Wissenschaftsgeschichte. Ich freue mich auf eine aktive Diskussion im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst. Lassen Sie uns gemeinsam darauf hinwirken, dass die neue Technische Universität in Nürnberg ein großer Erfolg wird. – Ich darf mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Die Gründung von Universitäten hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem wirklich großen Aufschwung in der bayerischen Provinz geführt. Die Universitäten in Bayreuth, in Bamberg, in Re-

gensburg und in Passau sind in der jeweiligen Region und fernab von der Landeshauptstadt zu wahren Zugpferden geworden.

Mit der Schaffung von Universitäten außerhalb von München wird auch einem wichtigen Verfassungsauftrag entsprochen. Es geht darum, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern – in Stadt und Land – zu fördern und zu sichern, wie das Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 der Bayerischen Verfassung eben vorsieht.

Eine neue Technische Universität in Nürnberg weckt daher erst einmal gewisse Sympathien; denn eine Technische Universität gibt es bisher nur hier in München und damit auch nur einmal in Bayern.

Sehr positiv ist auch zu bewerten, dass an der neuen Technischen Universität von Anfang an darauf geachtet werden soll, dass sich Natur- und Geisteswissenschaften fächerübergreifend gegenseitig befruchten. Das ist ein Gedanke, der aufgrund der Zerstörung des Humboldt'schen Bildungsideals in den letzten zwei Jahrzehnten wie aus der Zeit gefallen anmutet. Ist damit die Versklavung der Wissenschaft unter das Prinzip der reinen Nützlichkeit beendet? – Das wäre eine schöne Hoffnung. Wir begrüßen jedenfalls diesen interdisziplinären Ansatz.

Auch der Gesetzestext liest sich erstaunlich gut und flüssig; ich war wirklich überrascht.

Doch dann zerbrach das zarte Pflänzchen Hoffnung, und wer glaubt, die Staatsregierung hätte hier jetzt irgendein Erweckungserlebnis gehabt, der irrt. Sie brauchen in der Gesetzesbegründung eine halbe Seite – ganze 15 Zeilen –, um darzulegen, warum auf die gleichzeitige Verwendung von männlichen und weiblichen Sprachformen in Paarform verzichtet wird. Es ist reiner Genderpopulismus, wenn Sie hier behaupten, im allgemeinen Sprachgebrauch würde bisher eine Regelung fehlen, die Personen aller Geschlechter umfasse und gleichzeitig gut lesbar sei. Der CSU geht es offen-

sichtlich nur darum, sich an den künftigen Koalitionspartner, an die GRÜNEN anzuschmiegen. Ansonsten ist das kaum zu verstehen.

(Zurufe – Unruhe)

Liebe Kollegen, gestehen Sie es doch einfach ein: Das generische Maskulinum im Plural ist die perfekte und seit Jahrhunderten bewährte Bezeichnung für alle geschlechtlichen Variationen.

(Beifall bei der AfD)

Ich sage Ihnen, liebe Kollegen: Armes Deutschland! Wohin ist das ehemalige Land der Dichter und Denker eigentlich abgedriftet? Kann es sein, dass so mancher in der Staatsregierung langsam nicht mehr weiß, wo oben und wo unten ist oder was männlich und weiblich ist? – Denn gleichzeitig, im gleichen Gesetzestext, kommen Sie zum Ergebnis, dass eine Gründungskommission mit externen Mitgliedern bestehend aus zwei Frauen und zwei Männern geschaffen werden soll. Da haben wir also auf einmal wieder diese angeblich so böse Polarität der Geschlechter, und da frage ich mich: Wie ist diese Regelung mit der von Ihnen entdeckten über die Paarform hinausgehende Geschlechteridentität vereinbar? – Hier gibt es einen logischen Bruch. Liebe Kollegen, Sprache ist verräterisch.

(Beifall bei der AfD)

Noch vor Kurzem brachte die Koalition einen Antrag ein, um Deutsch als Wissenschaftssprache zu stärken. Natürlich war damals aber allen klar, dass die CSU und die FREIEN WÄHLER das Bekenntnis zur eigenen Sprache und Kultur scheuen wie andere das Weihwasser. Offensichtlich soll die Stärkung der deutschen Sprache nun darin bestehen, dass Deutsch als Wissenschaftssprache immerhin nicht verboten werden soll;

(Unruhe)

denn an der künftigen Universität sollen die Studiengänge – –

(Anhaltende Unruhe)

Herr Vorsitzender, sorgen Sie doch bitte einmal ein wenig für Ruhe. Machen Sie eine Zwischenfrage, Herr Kollege!

(Zurufe)

An der künftigen Universität sollen die Studiengänge nur überwiegend in englischer Sprache angeboten werden. Woher soll die Kraft zur Spitzenleistung in diesem Land aber eigentlich noch kommen, wenn man so wenig kulturelles Selbstbewusstsein mitbringt

(Beifall bei der AfD)

und wenn man seine eigene Sprache nicht einmal mehr überwiegend benutzen möchte?

Bei diesem Gesetzentwurf sind viele Fragen offen. Warum soll ausgerechnet eine neue Universität den Sprung in die vorderste Liga schaffen, wenn einige bayerische Universitäten hierzu bereits alle Voraussetzungen besitzen? Ist die Verbindung von Geistes- und Naturwissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität in Erlangen-Nürnberg nicht bereits seit ihrer Gründung das Fundament für ihren Ruhm? Braucht es überhaupt eine Universität in Nürnberg und damit in unmittelbarer Nähe zu Erlangen? Wäre es nicht vielleicht interessanter, eine solche Universität zum Beispiel nach Hof oder in den Bayerischen Wald "hinauszutragen"?

(Beifall bei der AfD)

Würde es denn nicht genügen, die mittlerweile feststellbare Entfremdung zwischen den Disziplinen mit einem eigenen Zentrum an der Erlanger Universität zu stärken?

All das würde aber dem eigentlichen Zweck dieser universitären Neugründung, der allerdings nicht ausgesprochen wurde, widersprechen; denn eigentlich geht es doch darum, dass die Bürger dieses Landes unserem großen Landesvater ein Denkmal errichten sollen. Wie sonst könnte sein Ruhm die Zeiten überdauern? Da spielen dann auch die Kosten keine Rolle. Anderswo könnte das Geld sofort für eine Verbesserung der Lehre verwendet werden. Das große Bauprojekt mit zweifelhaftem Nutzen hat allerdings Vorrang. Da spielen auf einmal auch die üblichen Fristen keine Rolle mehr. Im Gesetzgebungsverfahren werden die Fristen abgekürzt. Hier wird in kürzester Zeit schnell einmal ein Antrag eingereicht; denn es geht schließlich darum, hier ein "Söderisches" Denkmal zu setzen.

(Beifall bei der AfD)

Man merkt es auch: Dieser Regierung läuft die Zeit davon und vor allem auch das Geld. Die Kassen sind aufgrund der in den nächsten Jahren zu erwartenden und auch durch die unverhältnismäßigen Corona-Lockdowns selbst verschuldeten Einbrüche bei den künftigen Steuereinnahmen bald leer. Wir steuern schweren Zeiten entgegen. Deshalb soll Nürnberg noch schnell beschlossen werden und zum Motor für eine transhumane Weltumwandlung umgebaut werden.

Ich frage mich natürlich, wo die ausgebildeten Techniker und Ingenieure irgendwann einmal arbeiten sollen, wenn wir jetzt die Wirtschaft kaputtmachen. Vielleicht wäre es besser, wir würden Menschen mit der Ausbildungsrichtung "Master of Disaster" ausbilden; denn Disaster-Management werden wir in den nächsten Jahren wirklich brauchen, wenn Sie so weitermachen, sehr geehrte Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Eine sinnvolle Verwendung von Steuergeldern schaut jedenfalls anders aus. Es wird Zeit, dass die Bürger in Form von Volksabstimmungen selbst über solche wichtigen Projekte entscheiden.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Hubert Faltermeier von den FREIEN WÄHLERN.

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der Technischen Universität Nürnberg wird die zehnte Landesuniversität gegründet. Dieses Gesetz bedeutet einen neuen Weg und ist ein mutiger Schritt. Herr Singer, es soll keine Provinzuniversität gegründet werden. Ihr Denken hat sich gerade als rückwärtsgewandt geäußert: Wo brauchen wir Techniker? Brauchen wir so etwas? Wollen Sie auf der hintersten Linie wirklich mitspielen? – Das, glaube ich, ist nicht unser Anspruch.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Natürlich ist es ein neuer Ansatz, ein neuer Weg für Bayern und für Deutschland. Wir alle sind noch das Fakultätsdenken gewohnt. Hier soll aber die Interdisziplinarität im Vordergrund stehen. Die TUN beansprucht Modellcharakter, und ich glaube, sie kann das schaffen. Die Fachgebiete sollen und dürfen nicht unabhängig voneinander arbeiten. Das war auch die Crux vieler althergebrachter Universitäten: Viele Universitäten und Disziplinen haben nebeneinander her gearbeitet, eigene Forschungen betrieben und haben sich ja nicht in die eigenen Karten schauen lassen. Das soll durch diesen neuen Ansatz vermieden werden.

Organisatorisch soll das durch Departments gelöst werden, sodass zwangsläufig beispielsweise Juristen nicht nur in der Juristischen Fakultät vor sich hinarbeiten und sich nicht jeder Lehrstuhl vom anderen abschottet. Hier soll zwangsläufig eine Zusammenarbeit vorgeschrieben werden. Die Freiheit von Forschung und Lehre muss natürlich entsprechend der Rechtsprechung gewährleistet werden. Die Internationalität ist der TUN auf die Fahne geschrieben. Die TUN wird dabei mit vielen ausländischen Studenten und vielen ausländischen Lehrenden eine besondere Rolle spielen.

Die Verschränkung der Leistungsdimensionen durch Forschung, Lehre und Transfer bietet gute Voraussetzungen. Ich glaube auch, dass sich das nur durch eine Neugründung verwirklichen lässt. Die Strukturen in vielen bisherigen Universitäten sind halt – man muss es leider sagen – verkrustet. In Nürnberg besteht eine echte Chance. Einer, der davon ein Lied singen konnte, war der ehemalige Präsident der TU München, der zwar viel bewegt hat, den es aber aufgrund der Erfahrung zum Beispiel mit amerikanischen Universtätäten sicher auch gereizt hat, ein völlig neues Modell zu entwickeln.

Dass die durchgängige Digitalisierung von Forschung, Lehre und Verwaltung notwendig ist, bedarf in der heutigen Zeit keiner Erörterung mehr. Die Universitäten sind gerüstet, aber ein Neuanfang setzt wirklich einen neuen Schwerpunkt.

Frau Osgyan, natürlich wird es Reibungspunkte und Neuerungen geben. Nichts, was erfunden ist, ist perfekt. Darin sind wir uns, glaube ich, alle einig. Wir müssen aber auch sehen, dass es ein bundesweit tolles Projekt ist, das mit seinem Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden einmalig ist. Andere würden sich bei dieser Grundsatzentscheidung die Finger abschlecken. Natürlich wird auf das Gründungsgremium viel zukommen.

Die Personalsituation wird natürlich eine große Herausforderung sein, wenn 200 bis 250 Professoren nur – aber Gott sei Dank! – 5.000 bis 6.000 Studenten gegenüberstehen. Das wird eine einmalige Situation sein. Wir unterstützen das inhaltlich voll. Natürlich werden wir auch darauf achten, dass die anderen Hochschulen und Universitäten in der Finanzausstattung nicht zu kurz kommen. Wir werden darauf achten, dass die Regionalisierungsstrategie nicht vergessen wird. Wir werden auch darauf achten, dass die Governance die volle Breite des wissenschaftlichen Mittelbaus und der Studenten hinreichend einbindet.

Das "Handelsblatt" vom 12.11. hat es gut getroffen. Es schreibt unter der Überschrift: "Wie Bayern eine Edel-TU für Nürnberg entstehen lässt": "Bayern plant mit Milliardenaufwand eine Modell-TU. Die Konkurrenz blickt mit Neid nach Franken ..."

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Faltermeier, Sie können noch auf dem Podium bleiben. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Prof. Ingo Hahn von der AfD-Fraktion gemeldet.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Dr. Faltermeier, Sie sprechen hier zur neuen Söder-Hochschule, Entschuldigung, zur Technischen Hochschule in Nürnberg. Gerade wurde gesagt, die könnte für Herrn Söder irgendein Denkmal werden.

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Das haben Sie gesagt.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Dabei sollte man aber auch bedenken, dass Politiker, die sich selber Denkmäler bauen, dann häufig auch abtreten. Da können wir gespannt sein, wie sich das in Zukunft entwickeln wird, wenn es jetzt schon so weit ist.

Die CSU und die FREIEN WÄHLER lassen hier ganz klar die Menschen in den ländlichen Regionen im Stich. In Nürnberg wird jetzt eine zweite Universität gebaut, während es viele Städte in den Regionen gibt – der Kollege hat es eben genannt –, wo die Menschen keine Hochschulen haben, nicht einmal Hochschulen für angewandte Wissenschaften, und wo die jungen Leute froh wären, wenn sie so eine Technische Hochschule vor Ort hätten. Sie ziehen die Leute aus den Regionen heraus. Sie sorgen weiter für Verstädterung, für Landflucht, obwohl sowohl die CSU als auch die FREIEN WÄHLER in ihren Wahlprogrammen genau das Gegenteil niedergeschrieben haben, nämlich dieser Landflucht entgegenzuwirken. Wie können Sie das erklären?

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Ich brauche das nicht zu erklären, weil ich es erklärt habe. Wir stehen nach wie vor für die Regionalisierungsstrategien im Hochschulbereich. Dafür ist viel passiert. Eines zu tun heißt aber nicht, das andere zu lassen. In Nürnberg soll ein Modellprojekt entwickelt werden, und das kann nicht an einer Fachhochschule in – Entschuldigung! – Deggendorf oder sonst wo passieren. In Nürn-

berg soll ein Leuchtturm entstehen, und das ist die zweite bayerische Technische Universität Nürnberg. Ich bin zuversichtlich, dass man auf diese Universität neidvoll blicken wird. Legen Sie – auch als Hochschullehrer – Ihre Rückwärtsgewandtheit ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Volkmar Halbleib von der SPD-Fraktion.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion wird der Errichtung der Technischen Universität Nürnberg zustimmen. Wir werden – ich glaube, das ist auch notwendig – den Gesetzentwurf hierzu in den bevorstehenden Beratungen sehr konstruktiv, aber auch sehr genau begleiten. Uns geht es gemeinsam um eine zukunftsorientierte Investition in den Wissenschaftsstandort Bayern. Es geht uns um neue Ansätze in der Hochschulpolitik und auch um die Internationalisierung der Hochschulen. Es geht um Stärkung von Wissenschaftskompetenz auch außerhalb des Großraums München, und es geht natürlich auch um die Stärkung der Region Franken und Nürnberg.

Wir verbinden aber – das sei an dieser Stelle ganz deutlich gemacht – unsere Zustimmung mit klaren Erwartungen an die Staatsregierung und die Regierungsfractionen. Die erste Erwartung betrifft die Ausgestaltung der Technischen Universität Nürnberg. Wenn man die Stellungnahme des Wissenschaftsrates liest – ich habe sie gelesen –, wird doch trotz der grundsätzlichen Befürwortung an vielen Stellen unmissverständlich deutlich, dass für die TU Nürnberg noch kein schlüssiges Gesamtkonzept vorliegt.

Das betrifft insbesondere die genaue Schwerpunktsetzung und die Einbettung in die Wissenschaftslandschaft der Metropolregion Nürnberg; dies ist bislang sehr offen. Auch dieses Problem müssen wir natürlich lösen. Das betrifft auch die Frage der Anschlussfähigkeit von Abschlüssen und die Digitalisierung der Studiengänge. Der Wissenschaftsrat konstatiert hierzu sogar, dass noch keine überzeugenden Überlegungen

vorliegen. Das betrifft auch die Form der Einbeziehung von Geistes- und Sozialwissenschaften. Weiter stellen wir uns die Frage nach Impulsen für Diversität und Frauenförderung, für gesellschaftliche und gesellschaftspolitische Entwicklung.

Da sind noch viele Punkte offen, da sind noch Hausaufgaben zu machen. Herr Minister, wir mahnen dringend ein fortgeschriebenes Gründungskonzept an. Wir bitten Sie heute darum, dem Landtag möglichst bald ein überarbeitetes Konzept vorzulegen. Wir haben die Ankündigung von elitärem Anspruch und vom Modellcharakter des innovativen Konzeptes gehört. Wir brauchen aber ein Konzept, das dieser Ankündigung Rechnung trägt. Für die Region Nürnberg und Franken sind vor allem Zusammenarbeit und Abstimmung mit der vorhandenen Technischen Hochschule und der Friedrich-Alexander-Universität wichtig. Wir brauchen dazu mehr als das, was mit diesem Gesetzentwurf und diesem Konzept bislang vorgelegt worden ist. Das sind Ihre Hausaufgaben, das ist Ihre Bringschuld, die Sie als Minister gegenüber dem Landtag auch erfüllen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Erwartung betrifft die Fortentwicklung des Hochschulstandorts Bayern insgesamt. Sie betrifft die vorgesehene Betreuungsrelation von 6.000 Studierenden zu 200 Professoren. Diese Relation ist sehr gut und wird von uns begrüßt. Es drängt sich aber natürlich förmlich die Frage auf, welches Konzept Sie für die Betreuungsrelation anderer Universitäten und anderer Hochschulen in unserem Freistaat Bayern haben. Das ist offen geblieben. Das betrifft auch die Frage, welche rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten die neue Technische Universität haben wird. Diese dürfen nicht den Blick auf die Realitäten und die Bedürfnisse der anderen Hochschulen in Bayern verdecken. Es darf nicht als Motto gelten, dass die neue Universität alles darf und alles bekommt, was andere Universitäten und Hochschulen in Bayern nicht dürfen und auch nicht bekommen. Das kann nicht der Grundsatz dieses Gesetzentwurfs sein.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, wir erwarten nicht nur von Ihnen, sondern auch von Ministerpräsident Söder, der Staatsregierung insgesamt sowie im Übrigen auch von den Regierungsfractionen eine klare Aussage zur Finanzierung des Hochschulstandorts Bayern. Wir haben nicht nur Erwartungen, sondern wollen von Ihnen eine klare Garantie dafür, dass die Gründung der TU Nürnberg nicht zulasten der Finanzierung einer anderen Hochschule oder Universität in Bayern geht. Das kann nicht der Sinn der Gründung der TU Nürnberg sein, die wir grundsätzlich unterstützen. Es muss klar sein, dass das nicht zulasten einer anderen Hochschule oder Universität in Bayern geht.

Sie selbst wissen am besten, dass diese Gefahr leider besteht. Wir reden für die TU Nürnberg von mindestens 1,2 Milliarden Euro Baukosten bis Ende 2029. Wir haben für die TH Nürnberg drängende, wichtige und mehrmals bestätigte Finanzierungserfordernisse in Höhe von 300 Millionen Euro. An der Friedrich-Alexander-Universität bestehen im gleichen Zeitraum Finanzierungserfordernisse für dringende Baumaßnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schieben bayernweit förmlich eine Bugwelle von etwa 470 Projekten im Bereich der Wissenschaftsbauten mit einem Finanzierungsbedarf von mindestens 10 Milliarden Euro vor uns her. Das sind nur die drängendsten und wichtigsten Maßnahmen, die innerhalb dieser zehn Jahre ebenfalls realisiert und abfinanziert werden müssen. Die Haushaltsmittel reichen trotz der Aufstockung der Finanzierung im Einzelplan 15, die wir begrüßen, hinten und vorne nicht aus, um diese Aufgaben gemeinsam zu schultern. Pro Jahr ist mindestens 1 Milliarde Euro erforderlich. Hierbei ist die neue Technische Universität Nürnberg noch gar nicht eingerechnet.

Herr Minister, wir werden da nicht locker lassen. Sehr geehrte Damen und Herren der Regierungsfractionen, wir wollen, wenn wissenschaftspolitisch A gesagt wird, dass finanzpolitisch auch B gesagt wird. Das ist unsere Forderung an diesem Tag.

(Beifall bei der SPD)

Deutlich sei auch zu den Personalkosten für die neue Technische Universität Nürnberg gesagt: Inklusive der 200 Professoren reden wir von einem Personalvolumen von 2.000 Beschäftigten, was einen jährlichen Finanzbedarf von 260 Millionen Euro ergibt. Nur zur Größenordnung: Das sind jährliche Personalkosten in der Höhe dessen, was wir durch den Qualitätspakt Lehre in den letzten zehn Jahren, zwischen 2011 und 2020, an Mitteln vom Bund bekommen haben; das sind 236 Millionen Euro für die bayerischen Universitäten. Dieser Betrag reicht nicht einmal aus, um die Personalkosten einer TU Nürnberg für ein Jahr zu finanzieren.

Deswegen auch hier die klare Aussage: Wir erwarten, dass ein Finanzierungskonzept für alle Hochschulen vorgelegt wird, das zumindest im Ansatz eine deutliche Verbesserung der Betreuungsrelation zwischen Professoren und Studierenden erbringt. Das ist der Anspruch, den wir an die Hochschulpolitik in Bayern insgesamt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ein kleiner Ausblick auf das Hochschulgesetz.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Volkmar Halbleib (SPD): – Dann lasse ich den Ausblick auf das Hochschulgesetz im Augenblick bleiben. Wir werden noch genügend Gelegenheit haben, uns darüber auszutauschen.

Herr Minister, liebe Herren und Damen der Regierungsfractionen, mit dieser Vorlage wird die bei Ihnen liegende Verantwortung für den Hochschulstandort Bayern viel größer als vorher. Sie haben einen Anspruch aufgestellt. Jetzt erwarten wir, dass Sie die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die Hochschullandschaft in ganz Bayern so entwickeln kann, wie sie es verdient hat.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Als Nächster hat der Kollege Dr. Wolfgang Heubisch von der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Staatsminister, lieber Bernd! Ja, wir unterstützen diese inhaltliche Entscheidung nachhaltig. Wir geben in diese Richtung ein starkes Signal. Heute könnte ein Tag für die Zukunft der Wissenschaftspolitik in Bayern werden – könnte; ich sage das im Konjunktiv.

Wir werden genau hinschauen, wie sich das weiterentwickelt. Meine Vorrednerin und meine Vorredner haben ja deutlich gemacht, wo sich überall Stolperstellen befinden könnten.

Das Konzept ist stark und liberal. Es enthält Departmentstrukturen, kleine Betreuungsverhältnisse, englischsprachige Kurse und internationale Ausrichtung. Das sind also Studiengänge und Forschungsaufträge, die Freude machen und froh in die Zukunft blicken lassen.

Herr Kollege Faltermeier, ich erinnere daran, dass ich vor einem Jahr im Ausschuss die Schaffung von Departmentstrukturen per Änderungsantrag eingebracht habe.

(Zuruf)

– Natürlich, das ist von beiden Regierungsfractionen abgelehnt worden. Heute begrüßen Sie diesen Weg. Meine Damen und Herren, aufgewacht!

(Beifall bei der FDP)

Das ist die Wahrheit. Das muss man hier mal deutlich machen.

Vier Gründungsvizepräsident*innen für Studium und Lehre, Digitalisierung, aber auch Entrepreneurship – das ist sehr gut. Bernd, ich frage gleichwohl, wo das Konzept der Nachhaltigkeit bleibt. Bitte kümmert euch darum! Das ist ein Zukunftsproblem. Natürlich muss auch bei den Gründungsvizepräsident*innen die Gleichstellung abgebildet

werden. Insgesamt sind auch die Vorgaben des Wissenschaftsrates nicht gering zu schätzen.

Die TUN soll eine Uni sein, in der Innovationen und Visionen gelebt werden. Verehrte Damen und Herren, wir wissen, dass eine solche Zukunft nur durch Menschen gestaltet werden kann. Diese neue Universität wird sich deshalb nur gemäß der Ansicht und der Ausrichtung der Gründungspräsidentin oder des Gründungspräsidenten entwickeln. Jetzt sage ich es ganz deutlich. Ich möchte hier im Landtag wissen: Wie sieht diese Präsidentin oder dieser Präsident aus? Ich möchte zeitnah eine Diskussion im Wissenschaftsausschuss mit der neuen ersten Frau oder dem neuen ersten Mann haben, damit wir entsprechend debattieren können. Ich nehme an, das trifft auf deine vollkommene Zustimmung, lieber Bernd. Wir wollen wissen, welche Vision die Person an der Spitze hat.

Verehrte Damen und Herren, 1,2 Milliarden Euro heißt für mich ganz klar: Es sind im Endeffekt 1,6 Milliarden bis 1,8 Milliarden Euro. Wir haben viel zu tun.

Ich habe hier einen Ausblick pro Universität, aus Richtung TUN, gegeben – international. Jetzt kommt aber das Problem: Was machen wir regional? – Dafür habe ich einen perfekten Nachredner, nämlich meinen Parteifreund Matthias Fischbach.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun also der Kollege Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion. Sie haben noch zweieinhalb Minuten.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident! Es haben viele Vorredner angekündigt, dass das eine Universität mit Modellcharakter sein wird. Mich als mittelfränkischen Abgeordneten freut es ganz besonders, dass wir jetzt weitere wichtige Investitionen und wissenschaftliche Impulse nach Nürnberg bekommen. Von "Modellcharakter" hat übrigens auch der Wissenschaftsrat gesprochen, aus dessen Stellungnahme der Kollege Halbleib schon viel zitiert hat. Ich möchte das weiter ausführen:

Auch künftig sollte das Land bei der Finanzierung darauf achten, dass die Neugründung nicht zu Lasten der anderen Landeshochschulen geht. Dies gilt insbesondere auch für die Metropolregion Nürnberg und die unmittelbar benachbarten Hochschulen. Sie sollten gezielt gestärkt werden, so dass von der Neugründung die Region als Ganze profitiert.

Das kann ich nur so unterstreichen. Das ist eben der Knackpunkt beim gesamten Konzept. Die neue TU muss sich sinnvoll in die Hochschullandschaft einfügen, in Mittelfranken wie auch in ganz Bayern. Nehmen Sie zum Beispiel die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, die mit ihren rund 40.000 Studierenden, darunter übrigens allein 10.000 in Nürnberg, aktuell schon eine ganz wichtige Rolle einnimmt. Da verstehe ich, dass das Prestigeprojekt mit dem Ziel von dann 5.000 Studierenden für Markus Söder wichtig ist. Aber wir müssen das auch in Relation setzen und am Ende die richtigen Prioritäten setzen. Ganz entscheidend wird dabei die Kooperation sein. Dazu hat der Wissenschaftsrat ausgeführt, dass das gerade bei der Profilbildung beachtet werden muss und gerade die Spitzenforschungsbereiche, die im Bereich der Ingenieurwissenschaften schon bei der FAU etabliert sind, berücksichtigt werden müssen. Da fragen wir uns gerade als Freie Demokraten: Schaffen wir da nicht an manchen Stellen überflüssige Doppelstrukturen? Wir müssen bei dem Konzept ganz genau aufpassen, dass wir das vermeiden. Deswegen möchte ich ganz kurz auf die Technische Hochschule in Nürnberg hinweisen, die es auch noch gibt. Auch da ist es entscheidend, die schon bestehenden guten Kooperationen mit der Wirtschaft vor Ort, die spitze sind, nicht zu vernachlässigen. Da muss man Hand in Hand gehen und im kooperativen Wettbewerb gemeinsam international Bestand haben.

Also: Mindestens die angekündigten 1,8 Milliarden Euro müssen für die beiden anderen Hochschulen in Mittelfranken zur Verfügung gestellt werden. Wir müssen sehen, dass es zum Beispiel in Erlangen bei der TechFak auf dem Südgelände noch Immobilien gibt, die zusätzlich angekauft werden sollen. Das soll endlich kommen. Für mich ist eines entscheidend: dass am Ende nicht nur die großen Summen angekündigt wer-

den und im Haushalt stehen, sondern dass das Geld wirklich vor Ort ankommt. Da geht es auch um die Kapazitäten, den Fokus und die Priorisierung bei den Kapazitäten, beispielsweise in den Staatlichen Bauämtern. Erst wenn bei den anderen Hochschulen wirklich die Bagger rollen, lasse ich mich davon überzeugen, dass das nicht aus dem Blick geraten ist. Verhindern wir, dass die gesamte restliche Hochschullandschaft aufs Abstellgleis gerät! Setzen wir uns hier für eine kooperative Weiterentwicklung des Hochschulstandorts Bayern ein!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss zu überweisen. Der Kollege Halbleib kann dann seinen Ausblick noch geben. Besteht mit dieser Überweisung Einverständnis? – Ich sehe das so. Dann ist das so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir gehen nun in die Mittagspause und fahren um 14:35 Uhr mit der Tagesordnung fort. Guten Appetit! 14:35 Uhr!

(Unterbrechung von 14:04 bis 14:36 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich eröffne die Sitzung.

Vorab noch ein Hinweis: Bevor ich Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, gebe ich bekannt, dass zum nachfolgenden Tagesordnungspunkt 4 – das ist ein Antrag aus der Plenarsitzung vom 28.10.2020 – namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Konkret handelt es sich dabei um den Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Soziale und kirchliche Träger entlasten: Beratungs- und Integrationsrichtlinie überarbeiten".